

Seychellen - Beitritt zur World Trade Organization

Von **Frauke Schmitz-Bauerdick, LL.M.**

(gtai) Die Seychellen werden 2015 der World Trade Organization (WTO) beitreten. Die Aufnahme des ostafrikanischen Inselstaates wurde am 10.12.2014 nach 18 Jahren der Verhandlungen durch die WTO-Generalversammlung (General Council) beschlossen; mit Abschluss des Ratifizierungsprozesses durch das Parlament der Seychellen kann die WTO das 161. Mitglied begrüßen.

Die Seychellen haben sich zur Einhaltung sämtlicher WTO-Standards verpflichtet; lediglich im Bereich nichttarifärer Handelshemmnisse in Form von Standards und Zertifizierungen sowie sanitären und phytosanitären Beschränkungen haben sich die Seychellen eine Übergangsfrist bis Dezember 2015 ausbedungen.

Mit Vollzug der Vollmitgliedschaft wird für die Seychellen auch das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS- (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) Übereinkommen) in Kraft treten. Damit einhergehend werden die Seychellen ein zentrales Intellectual Property Office einrichten, welches die rechtssichere Registrierung gewerblicher Schutzrechte gewährleisten soll.

Zudem werden die Seychellen innerhalb eines Jahres Beitrittsverhandlungen zum Government Procurement Agreement (GPA) aufnehmen.

Die Europäische Union ist wichtigster Handelspartner der Seychellen. 33% ihrer Importe beziehen die Seychellen aus Europa, 66% ihrer exportierten Waren vertreiben sie in Ländern der EU.

GTAI Recht jetzt auch bei Twitter

Unter @GTAI_Recht internationale Rechtsentwicklungen verfolgen

Seit dem 30.9.2014 ist unser neuer Kanal @GTAI_Recht aktiv. In Zukunft gibt es hier Tweets zu rechtlichen Aspekten rund ums Auslandsgeschäft.

KONTAKT

Robert Herzner

☎ +49 228 24 993 432

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.